

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Oliver Gerriets
Ratsvorsitzende Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Byrte Janßen
Ratsmitglied Michael Kunze
Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Jasmin Tegge
Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Bürgermeister Holger Barkowsky
Ratsmitglied Peter Debring
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Wolfgang Jeschke
Ratsmitglied Petra Kolbe
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Norbert Schmidt
Ratsmitglied Hermann Stolle
Beigeordneter Michael Veh
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Rainer Büscher
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Peter Sokolowski
Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Referatsleitung 2 (Umwelt, Bau und Feuerwehr) Nikša Marušić

Referatsleitung 5 (Bürgerangelegenheiten und Recht) Marion Fiedelak

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereich Rechnungsprüfungsamt Heike Jacobs

Betriebsleitung Städtische Datenverarbeitung Ulrich Dierkes

Betriebsleitung Grundstücke und Gebäude Oliver Leinert

Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Betriebsleiterin/Geschäftsführerin Reinhard-Nieter-Krankenhaus Andrea Aulkemeyer

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung Frank Amerkamp

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Beigeordneter Stefan Becker

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Björn Heinisch

Ratsmitglied Brigitte Klee

Als Gast

Geschäftsführerin Profund Consult, Hamburg Sonja Redies

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 15

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

6.1	Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	517/2014
6.2	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD auf Überprüfung der Einhaltung der Brandschutzanforderungen im Bereich des "Freizeit- und Gartenvereins Banter See e.V."	516/2014
6.3	Verfahren zur Besetzung von vakanten Führungspositionen in städtischen Beteiligungen - Änderung der Beschlusslage des Rates vom 15.05.2013	152/2014
7.1.1	Information zum Jahresabschluss 2013 (Kernverwaltung)	149/2014
7.2.1	Kommissarische Übertragung von Aufgaben – Alexander Gabriel	131/2014
7.2.2	Bestellung zu Prüferinnen für das Rechnungsprüfungsamt	103/2014
7.3.1	Bebauungsplan Nr. 24 B, 2. Änderung-Gelände nördlich der Grodenstraße-Aufstellungsbeschluss	120/2014
7.3.2	Bestellung eines Fahrradbeauftragten	123/2014
7.4.1	Zukunft GAQ	122/2014
7.5.1	Beschluss des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Wilhelmshaven	76/2014
7.6.1	Feststellung des Jahresabschlusses 2013 und Entlastung der Betriebsleiterin Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK - Eigenbetrieb)	147/2014
7.7	Betriebsausschuss Städtische Datenverarbeitung (Beigeordneter Langen)	
7.7.1	Jahresabschluss 2013 „Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven“ - Entlastung Betriebsleitung -	105/2014
9.1	Antrag von Ratsherrn Dr. von Teichman auf Änderung der Ampelschaltung Friedrich-Paffrath-Str. in nördl. Richtung	518/2014
10.1	Anfrage von Ratsherrn Dr. von Teichman zum Thema "Gutachtenvergaben seit November 2011"	519/2014
11	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Im Anschluss bat die Ratsvorsitzende um eine Schweigeminute zum Gedenken an die am 11.05.2014 im Alter von 84 Jahren verstorbene ehemalige Ratsfrau Helga Lichtenegger.

2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Glaser machte auf den per Nachtragseinladung hinzugenommenen Tagesordnungspunkt 6.3 „Verfahren zur Besetzung von vakanten Führungspositionen in städtischen Beteiligungen - Änderung der Beschlusslage des Rates vom 15.05.2013“ aufmerksam.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form inklusive Nachtrag festgestellt.

3 Aktuelle Stunde

- a) **Frau Weinstock** beantragte für die Gruppe BASU/Hammadi, im Rahmen der aktuellen Stunde das Thema „Verhalten des Oberbürgermeisters“ zu behandeln. Nachdem Frau Weinstock ihre Auffassung dargelegt hatte, trug auch **Herr Dr. von Teichman** seinen Standpunkt vor.

- b) Anschließend bat **Herr Hellwig** für die CDU-Fraktion um Erörterung zum Thema „Einstellung der BASU/Hammadi Gruppe zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung Deutschlands und der Vereinbarkeit der Todesstrafe mit dieser aus Sicht der BASU/Hammadi“. An der folgenden kontrovers geführten Diskussion beteiligten sich **Frau Ober-Bloibaum, Herr von den Berg, Herr Hammadi, Herr Debring, Herr Hellwig, Frau Weinstock, Herr Sokolowski, Herr Walzner und Herr Biehl**.
- c) Bevor **Herr Walpurgis**, UWG-Fraktion, seine Anträge zur aktuellen Stunde einbringen konnte, bat **Herr Jacques**, diese zurückzuziehen, da diese nicht hinreichend aussagekräftig formuliert seien. Diese Frage wurde zwischen den **Herren Walpurgis, Jacques, Sokolowski, Oberbürgermeister Wagner** und **Herrn Hellwig** diskutiert.
Schließlich trug Herr Walpurgis den ersten Diskussionsgegenstand vor: „Ansiedlung und Duldung von Gastronomie im Innenstadtbereich“. **Frau Weinstock, Oberbürgermeister Wagner, Herr Dr. von Teichman und Herr Biehl** beteiligten sich mit ihren Wortbeiträgen.
- d) Im Anschluss nahm **Herr Walpurgis** Stellung zum Thema „Informationsfluss mit und durch die WTF / Umsetzung von Maßnahmen“. Hierzu fand keine weitere Aussprache statt.
- e) Der letzte Beitrag von **Herrn Walpurgis** zur aktuellen Stunde befasste sich mit dem Thema „Bunker am Banter See“. Darüber ergab sich ein kurzer Austausch mit **Oberbürgermeister Wagner**.

4 Gutachten Südzentrale - Bericht der Gutachter

Nach einer kurzen Einleitung durch **Oberbürgermeister Wagner** informierte **Frau Redies**, Fa. Profund Consult, Hamburg, anhand einer Präsentation über die Ergebnisse der Marktanalyse und eine mögliche Nutzungskonzeption für die Südzentrale.

Anschließend bestand für die Ratsmitglieder die Möglichkeit, Fragen an die Referentin zu stellen. An dem kurzen Austausch beteiligten sich neben **Frau Redies** als Vortragende und **Oberbürgermeister Wagner** **Frau Breuer, Herr Debring, Herr Felbier und Herr Biehl**.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Informationsbedarf.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Hellwig)

6.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien **517/2014**

Frau Glaser gab für die Dauer dieses Tagesordnungspunktes den Vorsitz an ihren Stellvertreter Herrn Möhle ab.

Herr Hellwig beantragte für die CDU-Fraktion:

„Die CDU-Fraktion entsendet in den Betriebsausschuss Krankenhaus sowie die Gesellschafterversammlung der Reinhard-Nieter-Krankenhaus gGmbH je zwei

Mitglieder.

Darüber hinaus benennt sie zwei Mitglieder für den Aufsichtsrat der Reinhard-Nieter-Krankenhaus gGmbH, die dann von der Gesellschafterversammlung in den Aufsichtsrat berufen werden.

In den Betriebsausschuss Krankenhaus sowie die Gesellschafterversammlung der Reinhard-Nieter-Krankenhaus gGmbH entsendet die CDU-Fraktion die Ratsmitglieder Uwe Heinemann und Ursula Glaser (anstelle von Uwe Heinemann und Ursula Biester). Ich bitte den Rat um den entsprechenden Feststellungsbeschluss.“

Herr Dr. von Teichman vermisst eine Begründung für diese Umbesetzung. Seiner Meinung nach liege dieser Schritt darin begründet, dass Frau Biester ihre eigene Meinung vertreten habe. Dies halte er für ungerecht. Desweiteren sei eine Umbesetzung der Gesellschafterversammlung gar nicht möglich, da die Mitglieder gemäß den Regelungen des Gesellschaftsvertrages für die Dauer der Wahlperiode gewählt seien.

Herr Hellwig machte darauf aufmerksam, die Entscheidung sei in der Fraktion in geheimer Abstimmung gefallen.

Herr Biehl mahnte, es stehe dem Rat auch gar nicht zu, über die Gründe für den Wechsel zu urteilen. Er stimme Herrn Dr. von Teichman aber bezüglich der Bedenken hinsichtlich des Gesellschaftsvertrages zu. Er bitte, dies juristisch zu klären.

Auf Bitten von **Herrn Debring** erläuterte **Herr Stoffers** den Sachverhalt: Maßgeblich sei hier nicht der Gesellschaftsvertrag, sondern § 138 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes, in dem es um die Entsendung und Abberufung von Ratsmitgliedern in Gesellschafterversammlungen gehe. Diese Vorschrift besage in Abs. 1: *„Die Vertreterinnen und Vertreter der Kommune in der Gesellschafterversammlung oder einem der Gesellschafterversammlung entsprechenden Organ von Eigengesellschaften oder von Unternehmen oder Einrichtungen, an denen die Kommune beteiligt ist, werden von der Vertretung gewählt. Sie haben die Interessen der Kommune zu verfolgen und sind an die Beschlüsse der Vertretung und des Hauptausschusses gebunden. Der Auftrag an sie kann jederzeit widerrufen werden.“* Auch die einschlägigen Kommentierungen bestätigten, dass es dazu keiner weiteren Voraussetzungen bedürfe, sondern einzig dem Willen der Fraktion obliege, die das betreffende Mitglied ursprünglich entsendet habe.

Herr Dr. von Teichman hielt dem entgegen, dass seiner Auffassung nach der Gesellschaftsvertrag vorgehe, welchen sich die Stadt selbst gegeben habe. Eine Abstimmung über diesen Teil der Umbesetzung halte er für rechtswidrig.

Frau Weinstock verlieh ihrem Unmut über das Vorgehen Ausdruck und bat Frau Biester um eine Erklärung.

Frau Biester erklärte, sie werde zu dieser Thematik keine Erklärung abgeben. Sie warte das Ergebnis ab und behalte sich weitere Schritte vor.

Herr Sokolowski zeigte sich verunsichert bezüglich der unterschiedlichen Rechtsauffassungen. So sehe er sich nicht in der Lage, sich an der Abstimmung zu beteiligen. Er bitte erneut um eine rechtsverbindliche Auskunft.

Nachdem **Herr Stoffers** daraufhin die Rechtsauffassung der Verwaltung wiederholt hatte, stellte **Frau Weinstock** einen **Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung** gem. § 10 Abs. 1 Buchst. c) bis zur nächsten Ratssitzung zur weiteren Prüfung der Angelegenheit.

Herr Prof. Reuter wies darauf hin, dass es bisher immer Konsens im Rat gewesen sei, sich bei Umbesetzungen der beantragenden Fraktion anzuschließen. Jede Fraktion habe das Recht nach eigenen Vorstellungen die ihr zustehenden Sitze zu besetzen.

Der Antrag von **Frau Ober-Bloibaum** auf geheime Abstimmung wurde von **Herrn Möhle** als nicht zulässig abgewiesen.

Der **Geschäftsordnungsantrag von Frau Weinstock** wurde anschließend **mehrheitlich abgelehnt**.

Der erste Teil des Antrages der CDU-Fraktion wurde bei 6 Gegenstimmen (Gruppe BASU/Hammadi; FDP; Herr Walzner, UWG-Fraktion und Frau Biester, CDU-Fraktion) und 11 Enthaltungen (Frau Glaser und Herr Heinemann, beide CDU-Fraktion; Gruppe Grüne/WBV und Herr Walpurgis, UWG-Fraktion) **mehrheitlich angenommen**.

Herr Hellwig brachte anschließend den 2. Teil des Antrages ein:

„Weiter beantragt die CDU-Fraktion, die Mitglieder der Gesellschafterversammlung der Reinhard-Nieter-Krankenhaus gGmbH anzuweisen, Herrn Heinemann und Herrn Schaps zu Mitgliedern des Aufsichtsrates der Reinhard-Nieter-Krankenhaus gGmbH zu berufen und zuvor die früher von der CDU-Fraktion benannten Mitglieder. Frau Biester und Herrn Schaps, abzuwählen.“

Damit macht die CDU-Fraktion von ihrem Recht gem. Ziffer 8.1 des Gesellschaftsvertrages der Reinhard-Nieter-Krankenhaus gGmbH Gebrauch, anstelle eines Mitgliedes der Gesellschafterversammlung für den Aufsichtsrat auch eine Person zu benennen, die nicht dem Rat der Stadt Wilhelmshaven angehört.“

Herr Dr. von Teichman wendete ein, eine Anweisung an die Gesellschafterversammlung sei so nicht möglich, da dieser Punkt weder auf der Tagesordnung stehe, noch vorbereitet sei.

Herr Möhle machte darauf aufmerksam, dass dies Teil des Antrages auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien sei.

Herr Stoffers erläuterte, warum dieser zweite Schritt erfolge: Grundsätzlich sei laut dem Gesellschaftsvertrag vorgesehen, dass zwischen den Mitgliedern von Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat Personenidentität bestehe. Die CDU-Fraktion beantrage jedoch einen gesonderten Beschluss insbesondere deshalb, weil die Fraktion beabsichtige von ihrem Recht Gebrauch zu machen, anstelle eines Ratsmitgliedes eine andere Person in den Aufsichtsrat zu entsenden. Diese Absicht sei sehr wohl unter diesem Tagesordnungspunkt zu fassen.

Es folgte eine Diskussion zwischen **Herrn Dr. von Teichman, Herrn Biehl, Herrn Hellwig, Herrn Stoffers, Frau Breuer** und **Herrn Debring** zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit eines Ratsbeschlusses in der heutigen Sitzung zwecks Anweisung der Gesellschafterversammlung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen wurde über den 2. Teil des Antrages der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien abgestimmt.

Diesem Antragsteil wurde ebenfalls bei 6 Gegenstimmen (Gruppe BASU/Hammadi; FDP; Herr Walzner, UWG-Fraktion und Frau Biester, CDU-Fraktion) und 11 Enthaltungen (Frau Glaser und Herr Heinemann, beide CDU-Fraktion; Gruppe Grüne/WBV und Herr Walpurgis, UWG-Fraktion) **mehrheitlich zugestimmt**.

6.2 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD auf Überprüfung der Einhaltung der Brandschutzanforderungen im Bereich des "Freizeit- und Gartenvereins Banter See e.V." **516/2014**

Herr Hellwig trug den Antrag der CDU-Fraktion vor.

Frau Weinstock schilderte die Mühen und den Aufwand der Parzellenbesitzer, die das Gelände überhaupt erst nutzbar gemacht hatten. Ihrer Meinung nach ziele der Antrag darauf ab, den Kleingärtnern ihre Parzellen abspenstig zu machen und die dann frei werdenden Grundstücke nur für ein bestimmtes Klientel vorhalten zu wollen. Aus diesem Grunde werde die Gruppe BASU/Hammadi den Antrag ablehnen.

Herr von den Berg ergänzte, die Verwaltung kenne schließlich ihre Aufgaben und verfolge Recht und Gesetz. Den Antrag halte er für populistisch. Die Kleingärten am Banter See seien im Laufe der Jahre zu einem Stück Wilhelmshavens geworden, für deren Erhalt es sich einzusetzen lohne. Nachdem er die möglichen Folgen des Verlustes dieses Gebietes aufgezeigt hatte, mahnte Herr von den Berg, es werde mit diesem Antrag etwas vorbereitet, was seitens der Grünen nicht gewollt sei.

Herr Dr. von Teichman verlieh seinem Unverständnis gegenüber dem Ansinnen des Antrages Ausdruck. Sollte es der Stadt ernst gemeint sein mit der Überprüfung der brandschutzrechtlichen Vorschriften, so sollten auch die übrigen Kleingartenkolonien überprüft werden. Auch er sehe in diesem Vorgehen nur einen Vorwand dafür, den Kleingärtnern ihre Gärten abzunehmen. Da das Thema nicht neu und seit langem bekannt ist, vermute er, es sollen neue Bebauungspläne durchgesetzt werden. Seiner Meinung nach sei der Brandschutz ohnehin eine Aufgabe der laufenden Verwaltung und der Antrag laufe daher ins Leere.

Herr Walpurgis stimmte den Ausführungen von Herrn Dr. von Teichman zu. Anhand einiger Beispiele verdeutlichte er, wie unattraktiv die Stadt durch die Umsetzung der neuen Pläne für den Banter See werde. Er sehe hier diverse Nachteile auf Kosten der Bürger entstehen. Auch die UWG-Fraktion könne die Pläne daher nicht unterstützen. Letztlich vermisse er auch einen Austausch im Vorfeld mit den Betroffenen. Seines Erachtens dürften die Kleingartenbesitzer nicht für die hochgegriffenen Pläne der Stadt zur Verantwortung gezogen werden.

Herr Hellwig verdeutlichte, der Rat wolle sich mit dem Antrag hinter die Verwaltung stellen. Ziel sei, durch eine Bestandsaufnahme sichere Verhältnisse für Pächter, deren Gäste und Touristen im Bereich des Kleingartenvereins am Banter See zu schaffen.

Frau Breuer erklärte, dieser Antrag sei nicht erforderlich, da die Verwaltung auch ohnedem ihre Aufgaben wahrnehme.

Herr Marušić schilderte, wie die Verwaltung auf die Problematik aufmerksam geworden ist. Nun werde in einem weiteren Schritt geprüft, in wie fern die Nutzung den Vorschriften entspreche. Dies wiederum sei Grundlage für die Verlängerung der Pachtverträge. Selbstverständlich komme die Verwaltung dabei ihren Aufgaben nach; man sei jedoch auch froh im Falle der Unterstützung des Rates.

Herr Sokolowski zeigte sich erstaunt über das Anliegen von Herrn Hellwig. Da die Verwaltung ihre Aufgaben ordnungsgemäß wahrnehme sei der Antrag überflüssig und lasse andere Beweggründe vermuten. Die Gruppe Grüne/WBV werde den Antrag daher ablehnen.

Herr Hellwig warf die Frage auf, warum der Antrag abgelehnt werden solle, wo man sich doch inhaltlich einig sei. Der Rat bekunde damit lediglich seinen Willen, die Verwaltung in der Ausübung ihrer Aufgabe zu unterstützen. Letztlich sollte die Sicherheit der Bürger für Rat und Verwaltung das oberste Gut sein.

Herr Biehl erinnerte an die Entstehungsgeschichte und die besondere Problemlage dieser Thematik, welche bereits vor einigen Jahren prophezeit worden ist. Der Antrag werde abgelehnt, da dieser überflüssig sei. Die Verwaltung befasse sich schon lange mit dem Thema.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 14 Gegenstimmen: Gruppe Grüne/WBV; UWG-Fraktion; Gruppe BASU/Hammadi; FDP)

Im Rahmen der Untersuchungen der baurechtswidrigen Zustände der Kleingärten am Banter See wird ein besonderes Augenmerk auf die Einhaltung der brandschutzrechtlichen Vorschriften gelegt.

Die Verwaltung soll die Einhaltung der Brandschutzanforderungen im Bereich des „Freizeit- und Gartenvereins Banter See e. V.“ sofort überprüfen.

6.3 Verfahren zur Besetzung von vakanten Führungspositionen in städtischen Beteiligungen - Änderung der Beschlusslage des Rates vom 15.05.2013 **152/2014**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 16.06.2014 vor.

Herr Föhlinger brachte für die Fraktionen SPD und CDU folgenden **Änderungsantrag** ein:

„1. Der Beschluss des Rates vom 15.05.2014 (Sitzung Nr. 6/2013) zu Ziff. 7.1.1 Vorlage 513/2013 wird wie folgt ergänzt.

2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven weist die Mitglieder von Entscheidungsgremien städtischer Beteiligungen an, bei der Neubesetzung von Organen, handelsrechtlich bestimmten Funktionen und leitenden Angestellten, eine externe Stellenausschreibung/Beauftragung eines Personaldienstleisters durchzusetzen.“

Herr Prof. Reuter verdeutlichte, das Verfahren einen so genannten „Headhunter“ einzusetzen berge verschiedene Vorteile und verändere den ursprünglichen Ratsbeschluss in seinem Sinn nicht. Anschließend nannte er Beispiele, in denen Besetzungen in dieser Art und Weise erfolgreich haben vorgenommen werden können.

Herr Biehl erinnerte an die Diskussion aus 2013 und den damaligen Beschluss. Sollte das beantragte Verfahren durchgesetzt werden, gehe bei der Stellenbesetzung unnötig viel Zeit verloren.

Herr Dr. von Teichman verglich ebenfalls die vorgestellten Beschlussvorschläge und bezeichnete diese als unübersichtlich. Es sei nicht mehr ersichtlich, ob es um Stellenausschreibungen oder deren Besetzung gehe.

Nachdem auch **Frau Weinstock** sich irritiert zeigte, erläuterte **Herr Debring**, warum diese Änderung erforderlich geworden sei. Er appellierte, die Sachlage nicht unnötig zu verkomplizieren und dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Der Änderungsantrag wurde anschließend bei 1 Gegenstimme (Frau Weinstock, Gruppe BASU/Hammadi) und vier Enthaltungen (Frau Ober-Bloibaum, Herr

Hammadi, beide Gruppe BASU/Hammadi; FDP und Herr Walzner, UWG-Fraktion)
mehrheitlich angenommen.

Der **Beschluss** lautet somit wie folgt:

1. Der Beschluss des Rates vom 15.05.2014 (Sitzung Nr. 6/2013) zu Ziff. 7.1.1 Vorlage 513/2013 wird wie folgt ergänzt.

2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven weist die Mitglieder von Entscheidungsgremien städtischer Beteiligungen an, bei der Neubesetzung von Organen, handelsrechtlich bestimmten Funktionen und leitenden Angestellten, eine externe Stellenausschreibung/Beauftragung eines Personaldienstleisters durchzusetzen.

Nach der Abstimmung wurde die Sitzung für eine **Pause von 18.45 Uhr bis 19.00 Uhr** unterbrochen.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

7.1.1 Information zum Jahresabschluss 2013 (Kernverwaltung) **149/2014**

Frau Breuer trug die Information des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 16.06.2014 vor.

Herr Dr. von Teichman machte darauf aufmerksam, dass die vorgelegte Information die problematische Haushaltssituation aufzeige. Die Höhe der Bedarfszuweisung belege, dass der städtische Haushalt eben nicht auf einem guten Weg sei.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Information an den Rat:

Der Jahresabschluss 2013 der Kernverwaltung wird sich aufgrund einer bisher nicht bekannten Verbindlichkeit um weitere 2,11 Mio. € verschlechtern.

7.2 Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen (Beigeordneter Becker)

Frau Glaser informierte, der Vorsitzende des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfrage, Herr Becker, befinde sich derzeit im Krankenhaus und übermittelte ihm die Genesungswünsche von Rat und Verwaltung. Gleiches gelte auch für die erkrankte Ratsfrau Klee.

7.2.1 Kommissarische Übertragung von Aufgaben – Alexander Gabriel **131/2014**

Frau Breuer trug in Vertretung für Herrn Becker den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 26.05.2014 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herrn Alexander Gabriel werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von zwei Jahren die Aufgaben des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Rüstringen kommissarisch übertragen.

7.2.2 Bestellung zu Prüferinnen für das Rechnungsprüfungsamt 103/2014

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 26.05.2014 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Frau Anja Kruse und Frau Susanne Wenzel sind zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu Prüferinnen für das Rechnungsprüfungsamt zu bestellen.

7.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Veh)**7.3.1 Bebauungsplan Nr. 24 B, 2. Änderung 120/2014
- Gelände nördlich der Grodenstraße - Aufstellungsbeschluss**

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 27.05.2014 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548) die Aufstellung der 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 24 B - GELÄNDE NÖRDLICH DER GRODENSTRASSE - im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. § 3 Abs.1 und § 4 Abs. 1 BauGB.

7.3.2 Bestellung eines Fahrradbeauftragten 123/2014

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 27.05.2014 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Einsetzung eines „Fahrradbeauftragten“. Für diese Aufgabe wird

1. Herr Volker Hasenmüller, Rudolf-Kienau-Straße 29,
26384 Wilhelmshaven und Stellvertreter

2. Herr Theo Schüler, Brüsseler Straße 9, 26389 Wilhelmshaven
ab 01.07.2014 für 5 Jahre bestellt.

Die Arbeit des Fahrradbeauftragten ist ehrenamtlich.

7.4 Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Ratsherr Reese)**7.4.1 Zukunft GAQ 122/2014**

Herr Reese trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 22.05.2014 vor.

Frau Linsen-Steiner hob lobend hervor, die Verwaltung habe das Beste aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes gemacht. Nachdem sie dies kurz begründet hatte, dankte sie Herrn Stoffers für seinen Einsatz.

Frau Ober-Bloibaum betonte die bisherige gute Arbeit der GAQ. Nunmehr müsse der Verein aufgelöst werden, da der Vertrag auslaufe. Ihr stelle sich die Frage, ob diese Auflösung notwendig sei. Sie mahnte, die Ängste der Mitarbeiter ernst zu nehmen.

Anschließend beantwortete **Herr Stoffers** einige Fragen von **Frau Ober-Bloibaum** zum „Pro-Aktiv-Center“

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Die auf die Stadt Wilhelmshaven / GAQ übertragene Aufgabe (§ 7 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Ausgestaltung und Organisation der Gemeinsamen Einrichtung gem. § 44 b SGB II vom 20. Dezember 2010, Neufassung der Beauftragung nach Maßgabe der §§ 88 ff. SGB X vom 29.06.2009) wird spätestens ab 01.01.2015 aus Rechtsgründen durch die Gemeinsame Einrichtung (Jobcenter Wilhelmshaven: Träger - Stadt Wilhelmshaven und Agentur für Arbeit Wilhelmshaven) wahrgenommen werden. Dabei soll der bisherige Standort Totenweg 1 in 26386 Wilhelmshaven als Servicestelle für die Kundschaft im bisherigen Umfang erhalten bleiben.
2. Die von der GAQ wahrgenommene Aufgabe „Pro-Aktiv-Center“ wird spätestens ab dem 01.01.2015 organisatorisch dem Jugendamt der Stadt Wilhelmshaven zugeordnet.
3. Die von der GAQ wahrgenommene Aufgabe „Durchführung und Organisation von Arbeitsförderungsmaßnahmen“ (zuletzt Organisation der Bürgerarbeit) wird spätestens ab dem 01.01.2015 durch dem Fachbereich 11 (Personalwirtschaft) der Stadt Wilhelmshaven zugeordnet.
4. Die bei der „Gesellschaft für Arbeitsvermittlung und Qualifizierungsförderung e.V.“ angestellten Mitarbeitenden erhalten spätestens zum 01.01.2015 ein Angebot für eine unterbrechungsfreie Anschlussbeschäftigung durch die Träger der Gemeinsamen Einrichtung.
5. Der Vorsitzende der GAQ (gem. § 6 Abs. 2 der Vereinssatzung der GAQ Mitarbeiter der Stadt Wilhelmshaven) wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur Auflösung des Vereins umzusetzen.

7.5 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsherr Harms)

7.5.1 Beschluss des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Wilhelmshaven **76/2014**

Herr Harms trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 04.06.2014 vor.

Herr Föhlinger beantragte für die SPD-Fraktion die **Vertagung der Beschlussfassung bis nach den Haushaltsberatungen**. Im Rahmen der Haushaltsberatungen sollten von den betroffenen Fachbereichen die verschiedenen Maßnahmen Kosten und die dafür anfallenden Kosten aufgeführt werden. Zudem werde eine Begründung für die Herausnahme von 3 Maßnahmen aus dem Konzept erwartet.

Herr Biehl und **Herr Dr. von Teichman** äußerten übereinstimmend ihr Unverständnis gegenüber einer Vertagung, zumal die Thematik mittlerweile ausgiebig vorberaten worden sei und es nun an der Zeit sei, das Konzept in die Tat umzusetzen.

Herr Harms machte deutlich, es gehe jedoch nicht um eine Ablehnung, sondern lediglich um einen Aufschub. Dies sei aufgrund der fehlenden Aussage über die Kosten erforderlich.

Der **Vertagungsantrag** wurde anschließend bei 15 Gegenstimmen (Oberbürgermeister Wagner; Gruppe Grüne/MBV; Gruppe BASU/Hammadi; UWG-Fraktion und FDP) **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -vertagt-

1. **Das integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept (Klimaschutzkonzept) für die Stadt Wilhelmshaven in der Fassung des Schlussberichtes vom 30.November 2013 (zuletzt geändert am 05.05.2014) wird als Leitbild beschlossen.** Ziel ist es, die nationalen Klimaschutzanstrengungen zu unterstützen und in Wilhelmshaven die CO₂-Emissionen relevant zu senken.
2. Das Amt für Umweltschutz und Bauordnung – Stabsstelle Energie/Klimaschutz - fungiert als Klimaschutzleitstelle
3. Die Entscheidung zur Umsetzung der im Klimaschutzkonzept enthaltenen Maßnahmenvorschläge trifft der Rat der Stadt Wilhelmshaven jährlich auf der Grundlage eines von der Klimaschutzleitstelle zu erarbeitenden energiepolitischen Arbeitsprogramms mit konkreten Maßnahmen aus den Handlungsfeldern des Klimaschutzkonzepts.
An dem Arbeitsprogramm werden alle zuständigen, auch externen Akteure, beteiligt. Das Arbeitsprogramm soll als Beschlussvorschlag für den Rat jeweils bis spätestens 31. Oktober in alle zu beteiligenden Fachausschüsse eingebracht werden.

Beschlossene Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen werden im folgenden Haushaltsjahr berücksichtigt. Sie unterliegen dem Vorbehalt der Haushaltsgenehmigung. Mehrjährige Maßnahmen werden in jedem Arbeitsprogramm erneut aufgeführt.

Hinweis: Bei der geänderten Fassung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes vom 05.05.2014 wurde aufgrund einer Entscheidung des Verwaltungsvorstandes auf die Aufnahme der Maßnahme K2,K3 und K5 (siehe Anlage) verzichtet.

7.6 Betriebsausschuss Krankenhaus (Beigeordneter Biehl)**7.6.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2013 und Entlastung der Betriebsleiterin Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK - Eigenbetrieb) 147/2014**

Herr Biehl trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Krankenhaus vom 11.06.2014 vor.

Herr Dr. von Teichman bemängelte, die Vorlage sei nur vordergründig als positiv anzusehen, da das Krankenhaus nach wie vor auf die Zuschüsse der Stadt angewiesen sei.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 3 Gegenstimmen: Gruppe BASU/Hammadi; FDP)

1. Der Jahresabschluss 2013 wird mit einem Jahresüberschuss von 4.094.211,66 € festgestellt
Das Ergebnis wird auf neue Rechnung vorgetragen.

2. Der Betriebsleiterin wird Entlastung erteilt.

7.7 Betriebsausschuss Städtische Datenverarbeitung (Beigeordneter Langen)**7.7.1 Jahresabschluss 2013 „Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven“ - Entlastung Betriebsleitung - 105/2014**

Herr Langen trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Städtische Datenverarbeitung vom 03.06.2014 vor und dankte dem Betriebsleiter für die gute Arbeit im Eigenbetrieb.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Jahresabschluss 2013 der SDW zum 31.12.2013 wird gem. Abschlussprüfung des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Wilhelmshaven mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 272.376,42 € festgestellt. Dieser Überschuss wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Wagner erklärte, er habe hier eigentlich über die Zwischenergebnisse des CIMA-Gutachtens berichten wollen. Angesichts der Entwicklung der heutigen Sitzung sehe er jedoch davon ab. Gleichzeitig wolle er daran erinnern, dass in der Februar-Sitzung des Rates die Bildung eines begleitenden Arbeitskreises zur Fortschreibung des Einzelhandelsentwicklungskonzeptes beschlossen worden war und dass ein Mitglied dieses Arbeitskreises dem Rat über den jeweiligen Sachstand berichten sollte. Dies sei bislang noch nicht geschehen und daher bitte er, dies bis zur Vorstellung des CIMA-Gutachtens nachzuholen.

9 Anträge9.1 Antrag von Rats Herrn Dr. von Teichman auf Änderung der Ampelschaltung Friedrich-Paffrath-Str. in nördlicher Richtung **518/2014**

Herr Dr. von Teichman brachte seinen Antrag und begründete diesen anschließend:

„Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ampelschaltung zwischen der Kreuzung Bismarckstr./Banter Weg in Richtung Norden bis zur Ampel Einmündung Friedenstr. so einzurichten, dass Fahrzeuge Richtung Norden, die zuvor die Bismarckstr. gequert haben bei Einhaltung der vorgeschriebenen Geschwindigkeit eine „Grüne Welle“ haben.

Begründung:

Fahrzeuge, die aus Süden kommend die Bismarckstr. queren bzw. dort starten, erreichen die Einmündung der Friedenstr. derzeit kaum bei Einhaltung der vorgeschriebenen Geschwindigkeit. Sie müssen daher erneut anhalten. Dies verursacht unnötigen Energieverbrauch und widerspricht dem von der Stadt vorgesehenen Klimaschutzprogramm. Darüber hinaus werden durch die jetzige Regelung Anreize gegeben, die Geschwindigkeit zu überschreiten. Dies ist im Sinne der Verkehrssicherheit nicht sinnvoll.“

An der anschließenden regen Diskussion über die Verkehrsregelungen in der Stadt beteiligten sich neben Herrn Dr. von Teichman **Herr Föhlinger, Herr Hellwig, Frau Breuer, Herr Veh** und **Oberbürgermeister Wagner**.

Auf die Fragen von **Herrn Jacques**, ob der Antrag überhaupt durch den Verwaltungsausschuss vorbereitet sei, erklärte **Herr Stoffers**, dies sei nicht der Fall. Das habe wiederum zur Folge, dass über den Antrag zwar beraten, nicht aber abgestimmt werden könne.

Nachdem **Oberbürgermeister Wagner** einen **Antrag auf „Schluss der Debatte“** nach § 10 Abs. 1 Buchstabe b der Geschäftsordnung gestellt hatte, erhielt zunächst **Herr Dr. von Teichman** die Gelegenheit sein Schlusswort zu sprechen.

Anschließend wurde der **Geschäftsordnungsantrag von Oberbürgermeister Wagner mehrheitlich angenommen**.

10 Anfragen10.1 Anfrage von Rats Herrn Dr. von Teichman zum Thema "Gutachtenvergaben seit November 2011" **519/2014**

Herr Dr. von Teichman trug folgende Anfrage mit der Bitte um Beantwortung vor:

1.
 - a. Welche Gutachten sind von Kernverwaltung/VA/Rat seit November 2011 vergeben worden? (**Wertgrenze oberhalb 10.000 €**)
 - b. Welche Kosten sind dabei im Einzelnen entstanden?
2. (**diese Frage kann auch in der Juli-Ratssitzung beantwortet werden – Wertgrenzen wie oben.**)
 - a. Welche Gutachten sind seit November 2011 von den städtischen Beteiligungen vergeben worden?
 - b. Welche Kosten sind dabei im Einzelnen entstanden?

Oberbürgermeister Wagner antwortete dazu:

„Aufgeführt sind im Folgenden die Gutachtenvergaben der Kernverwaltung mit einem Wert von über 10.000 €. Eine Übersicht mit den Gutachten der Beteiligungen erfolgt in der Juli-Ratssitzung.

Im Rahmen von Bauleitplanverfahren ist oft auch die Anfertigung von Gutachten im Rahmen von über 10.000 € notwendig. Da es sich dabei aber um Gutachten handelt, die zur Aufgabenerledigung im laufenden Verwaltungsgeschäft angefertigt werden und deren Aufwendungen in der Regel von den jeweiligen Investoren erstattet werden, bleiben diese hier unberücksichtigt.

Folgende Gutachtenvergaben sind seit November 2011 im Bereich der Kernverwaltung erfolgt:

- WENK - Wassertouristisches Entwicklungs- und Nutzungskonzept
Kosten: 52.359,05 € (STEP+)
- EHK - Einzelhandelskonzept
Kosten: 56.700,- €
- VEP -Verkehrs- und Entwicklungsplanung
Kosten: 23.334,71 €
- Bestandserhebung von Amphibien und Libellen im Stadtgebiet Wilhelmshavens (im Rahmen der Neuaufstellung des Landschaftsrahmenplanes, 2012)
Kosten: 19.040,- €
- Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept gem. Beschluss des Rates vom 19.9.2012.
Die Auftragssumme war 113.773,52 € brutto. Gem. Zuwendungsbescheid vom 8.3.2012 wurde ein Zuschuss vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in Höhe von 85% = 100.601,- € gewährt.
- Kosten für die Planungsfirma "Schulten Stadt- und Raumentwicklung" im Rahmen der Tätigkeit „Step Plus“ i.H.v. insgesamt 101.375,68 €.
- KGSt.-Gutachten „Kooperation zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Landkreis Friesland“
Kosten gesamt: 108.313,90 €
(Landeszuschuss: 100.000,- €; Anteil LK FRI: 4.156,95 €;
Kosten Stadt somit 4.156,95 €)
- Bewertung von Planstellen durch die KGSt
Kosten: 36.600,- €

Im Rahmen der Umstrukturierung Konzern Stadt wurde Beratung in Anspruch genommen, was zwar nicht als Gutachtenerstellung zu werten ist, aber dennoch der Vollständigkeit halber mit aufgeführt wird:

- Umstrukturierung Konzern - rechtliche Beratung
Kosten: 119.000 €
- Umstrukturierung Konzern - steuerrechtliche Beratung
Kosten: 113.000 €.

11 Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

gez.

Glaser
Ratsvorsitzende

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin